

„Südostumgehung ist überflüssig“

MM 4.12.2010

Zu „Entlastungseffekt wird angezweifelt“ vom 29. November:

„Mit der in Ihrem Bericht wiedergegebenen Aussage, ich ‚habe nichts besseres zu tun gehabt‘ als 2009 für eine Beschleunigung des Planfeststellungsverfahrens für die Ortsumgehung Olching einzutreten, versucht Dr. Runge offenbar den Eindruck zu erwecken, dass ich mich für die Südostumgehung stark mache. Dazu stelle ich als zuständiger Stimmkreisabgeordneter fest:

1. Ich habe mich zu keinem Zeitpunkt zugunsten einer Südostumgehung von Olching ausgesprochen oder entsprechende Bestrebungen unterstützt.

2. Die Südwest- und Südostumgehung sind getrennt zu betrachten. Die Südwestumgehung wurde bereits 2001 in die ersten Dringlichkeitsstufe für Staatsstraßen in Bayern aufgenommen. Die Verwirklichung des Projekts ist seither politisches Ziel der Staatsregierung.

3. Im Rahmen des laufenden, gesetzlich vorgeschriebenen Planfeststellungsverfahrens wird die Zulässigkeit des Vorhabens der Südwestumgehung unter Abwägung aller berührten Belange derzeit umfassend geprüft. Dazu fand im März in Olching ein Erörterungstermin statt. Nachdem das Verfahren seit 2006 aus unterschiedlichen Gründen mehrere Verzögerungen erfahren hatte, habe ich mich im Dezember 2009 dafür eingesetzt, die Planung der Südwestumgehung zu einem rechtsverbindlichen Abschluss zu bringen. Wegen einer zwischenzeitlich erforderlich gewordenen zweiten Tektur rechnet der Regierungs-Vizepräsident von Oberbayern nun mit dem Planfeststellungsbeschluss im Mai 2011.

4. Die Südost- als mögliche Fortsetzung der Südwestumgehung ist ein eigenständiges Projekt. Sie wird allerdings von der Straßenbauverwaltung für erforderlich gehalten. Auch die Gemeinde Olching unterstützt jetzt die Aufnah-

me der Südostumgehung, obwohl dies der Gemeinderat noch 2000 abgelehnt hat.

5. Ich habe dem Vizepräsidenten der Regierung von Oberbayern mitgeteilt, dass ich die Südostumgehung für in jeder Hinsicht überflüssig halte. Aus diesem Grunde bin ich auch gegen die Aufnahme der Südostumgehung in den nächsten Ausbauplan für die bayerischen Staatsstraßen und unterstütze die dagegen gerichteten Initiativen.

6. Die in Sachen Südwest- und Südostumgehung an den Landtag gerichteten unterschiedlichen Petitionen werden zuständigkeitshalber im Wirtschaftsausschuss des Landtags behandelt werden. Eine wichtige Rolle bei der Festlegung des Ausbauplans spielt im Übrigen auch der Regionale Planungsverband, in dem die Kommunen vertreten sind und ihre eigenen Interessen geltend machen können.“

Reinhold Bocklet
Vizepräsident des
Bayerischen Landtags
Gröbenzell